Nr. 196 XXVIII. Jahrgang

Sonntag, 8. August 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Rumsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Fochs Gutachten

Ein Vorschlag zum Bruch der Neutralität

Wie der „Temps" meldet, soll Foch dem Obersten Rat der Verbündeten ein militärisches Gutachten über die Lage an der russisch-polnischen Front erstattet haben. Darin soll Foch die Ansicht entwickelt haben, daß ein Rückzug bis zur deutschen Grenze erforderlich sei, um von hier aus den Vormarsch erneut aufzunehmen. Nach dem Fall von Minsk seien von der polnischen Heeresleitung die Gegenmaßregeln versäumt worden, so daß die Russen die Front mehrfach durchbrechen und die Flügel der polnischen Heere umfassen konnten. Was Foch da sagt, ist nichts Neues, denn zu diesen Schlüssen vermag auch ein militärischer Nichtfachmann zu kommen. Die Zurücknahme der Fronten, um so eine gesicherte militärische Stellung neu zu bilden oder umzugruppieren, ist ein vielfach erprobtes strategisches Mittel. Ob aber die Polen dieses Mittel anwenden können, ist mehr als zweifelhaft. Die Russen drängen so ungestüm nach, sind an Manövrierfähigkeit den Polen so vielfach überlegen, daß sie zu gleicher Zeit mit den Polen an der deutschen Grenze ankommen werden. Dann aber fehlt Zeit und Gelegenheit zur Umgruppierung.

Es bleibt den Polen nur der Uebertritt und die Waffenstreckung. Diesen Rat wollte Foch indes nicht geben. Tatsächlich soll sein Gutachten nur das militärische Eingreifen der Verbündeten zur Folge haben. Wenn er empfiehlt, daß die Polen bis zur deutschen Grenze zurückgehen sollen, so ist das nur das eine, das andre ist, daß die Polen hier bereits Aufnahmestellungen finden, die die Truppen der Verbündeten vorbereitet haben. Mit andern Worten, Deutschland soll Aufmarschgebiet werden. Diese Maßregel wird ausgerechnet von Leuten empfohlen, die sich sechs Jahre lang über die Schändung der belgischen Neutralität entrüstet haben. Dabei konnte Deutschland für sich zur Entlastung anführen, daß es aus Gründen der Selbsterhaltung den Krieg nach Frankreich tragen mußte. Polen ist als Friedensstörer in die Ukraine eingebrochen. Seine Widerstandskraft erwies sich im Kampfe gegen die Bolschewisten so gering, daß der Untergang des polnischen Staates heute schon gewiß wäre, wenn es sich nur um eine Abrechnung zwischen Rußland und Polen handelte. Allein Frankreich hat sich zum Bürgen des polnischen Staates aufgeworfen. Das ging und geht über die Kraft Frankreichs, das rein militärisches Schaugepränge mit dem Verfall seiner Wirtschaft teuer bezahlte.

Fochs Gutachten ist nun, wenn es tatsächlich existiert und vorhanden ist, nichts andres als ein Vorschlag zur unbedingten Verletzung der deutschen Neutralität. Der Friedensvertrag gibt den Verbündeten kein Recht, von Deutschland etwas zu verlangen, was schon als Zumutung jeder andre Staat mit der Drohung einer Kriegserklärung beantworten würde. Foch hat sich über diese Bedenken hinweggesetzt, weil er sich als Militär und nicht als Politiker berufen fühlte. Allein Foch hat nun einmal außerordentlich großen Einfluß auf die französische Politik. Wenn Frankreich die Vorschläge des Marschalls sich zu eigen machte, so ist die Entwicklung unabsehbar. Wahrscheinlich ist es indes nicht, denn Frankreich müßte in der Hauptsache die Lasten des Krieges gegen Sowjetrußland selbst tragen. In Deutschland wird es aber keine Eisenbahnen finden, um irgendwelches Kriegsmaterial nach Osten zu führen. Wenn die Franzosen trotzdem darauf bestehen, so werden sie zunächst einmal die Millionen mobilisieren müssen, um den Etappenweg zu sichern.

Italien darf es mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage nicht wagen, sich in ein östliches Abenteuer zu stürzen. Der Generalstreik der stark kommunistisch und syndikalistisch verseuchten italienischen Arbeitermassen würde die Folge sein. Auch von Rumänien ist keine Hilfe zu erhoffen, wie neue Meldungen aus Bukarest mit eindeutiger Klarheit sagen. Eher wäre schon auf Ungarn zu rechnen, das dadurch glaubt, eine Lockerung des Friedensvertrages zu erreichen. Aber diese Lockerung könnte nur auf Kosten von Südslawien, der Tschecho-Slowakei und von Rumänien erfolgen, die verläßlich noch immer zu den Schützlingen und Freunden des Verbandes gehören. Endlich würde der neue Aufmarsch der Polen und der französischen Verbündeten an der deutschen Grenze so viel Zeit erfordern, daß die Russen bis dahin Polen von den Waldkarpathen bis zur Ostsee besetzt und erobert haben würden. Die politischen Ereignisse dürften sich dann viel schneller entwickeln, als die militärische Maschine Fochs es sich vorstellt.

•

Gegen eine Ausdehnung des Krieges im Osten

* **Essen**, 7. August. Morgen Sonntag findet in Essen eine Konferenz der Kreisleitungen im Industriegebiet sämtlicher linksstehenden Parteien, Unabhängige, Mehrheitssozialdemokraten, Kommunistische Partei und Kommunistische Arbeiterpartei, sowie der Gewerkschaftskartelle statt. Die Besprechung soll die durch den russisch-polnischen Krieg geschaffene Lage untersuchen. In der Einladung wird gesagt, daß das internationale Kapital drauf und dran sei, den russisch-polnischen Kampf zu einem europäischen Krieg auszudehnen. Das Proletariat müsse diese Absicht durchkreuzen und eine besonders wichtige Stellung falle hierbei der Arbeiterschaft des Industriegebietes zu. Es müßte die notwendigen Vorbereitungen treffen, um gerüstet zu sein.

Der Sekretär der englischen Arbeiterpartei, Arthur Henderson, hat, nach einer Wolff-Meldung aus London, an alle Ortsgruppen in England ein Telegramm gesandt, in dem es heißt: Wegen der sehr drohenden Möglichkeit einer Ausdehnung des polnisch-russischen Krieges ersuche ich alle Ortsgruppen auf das dringendste, Kundgebungen zu organisieren, um gegen eine Intervention sowie gegen das Ausfenden von Soldaten und Munition für Polen zu protestieren und folgende Forderungen aufzustellen: Friedensverhandlungen, sofortige Aufhebung der Blockade und Wiederherstellung der Handelsbeziehungen. Resolutionen in diesem Sinne sind an den Premierminister und die Presse zu senden.

Ein von acht Mitgliedern der Arbeiterpartei des Unterhauses und hervorragenden Gewerkschaftsführern unterzeichnetes Manifest erklärt feierlich, daß die englischen Arbeiter es ablehnen werden, in einem Kriege als Bundesgenosse Polen Hilfe zu leisten.

•

Zur Wahrung der Neutralität

+ **Berlin**, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) **Aus Paris kommt die Nachricht, daß die deutsche Regierung eine dritte Note an den Obersten Rat gerichtet hat, in der sie hervorhebt, daß sich an der Ostgrenze Schutzwehren gebildet haben, zu deren Kontrolle es der deutschen Regierung unbedingt notwendig erscheint, Reichswehrtruppen in die Abstimmungsgebiete Westpreußens und Marienwerders zu entsenden. — Wie uns hierzu von amtlicher Seite mitgeteilt wird, trifft die Pariser Nachricht zu. Der Inhalt der Note ist nichts weiter als eine Ergänzung der unlängst an die Entente gerichteten Note, in der Deutschland gebeten hat, in Anbetracht der Entwicklung der Dinge im Osten Truppen zur Wahrung der Neutralität an die Grenze entsenden zu dürfen und in der auch die Bereitstellung von Schiffsraum zum Abtransport der 2000 von den Sowjettruppen über die deutsche Grenze gedrängten Polen verlangt wurde.**

•

Mobilisierung in Tschechien

Prag, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) **Die tschechische Regierung hat die Mobilisation angeordnet. Mehrere Regimenter sind an die polnische Grenze zum Grenzschutz abgegangen, um polnische auf tschechisches Gebiet übergetretene Truppenteile zu internieren.**

•

Soll um Warschau gekämpft werden?

Warschau, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) **In Warschau hat sich unter Mitwirkung der Sozialisten ein Verteidigungsrat gebildet. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß Warschau nicht ohne entschiedenen Widerstand aufgegeben werden dürfe. Anderseits liegen die vorbereiteten polnischen Stellungen zum Teil bereits nordwestlich von Warschau, so daß auch mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die polnischen Strategen Warschau bereits aufgegeben haben. Wenn es nicht gelingt, die Stellungen stark zu schützen, ist der Fall Warschaus eine Frage weniger Tage. Die polnischen Bedingungen fordern von Rußland die Anerkennung der Souveränität Polens und die Nichteinmischung Sowjetrußlands in die Frage der polnischen Staatsform.**

•

Räumung von Pultusk

kg. **Rotterdam**, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) **Reuter meldet am Sonnabend früh aus Warschau: Die neue polnische Hauptstellung Chorzela — Makow — Pultusk ist durch die Aufgabe von Pultusk gefährdet. Die polnischen Gegenmaßnahmen zur Rückgewinnung von Pultusk sind seit Freitag nacht im Gange. Der Narew ist unweit Lomza von den russischen Truppen nach kurzer Artillerievorbereitung überschritten worden.**

•

Verstärkung der Besatzung oder Polenhilfe?

Genf, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) **Pariser Blätter bringen die Meldung, daß die französische Besatzung für Oberschlesien um eine Division vermehrt werden soll. Die Truppentransporte für Oberschlesien sollen Anfang nächster Woche abgehen. Der „Temps" meldet, daß die deutsche Regierung von den neuen Ablösungs- bzw. Verstärkungstransporten bereits am Donnerstag informiert worden sei.**

•

Sperrung der elsässischen Grenze

K. **Karlsruhe**, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Verbindungen mit dem Elsaß sind auf französische Anordnung hin eingestellt. Schweizer Zeitungen verbreiteten gestern eine Pariser Information, wonach Frankreich über Elsaß und Oesterreich (?) seine Truppen nach Polen dirigieren wolle.

•

Fortschreitende Bolschewisierung

Genf, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Temps" meldet aus Warschau: Aus russischen Flugzeugen wurden am Donnerstag über Warschau Proklamationen abgeworfen, die die Ausrufung der Räterepublik in Minsk und Brest-Litowsk zur Kenntnis der Warschauer Bevölkerung bringen und das Warschauer Proletariat zur Einsetzung von Sowjets aufruft.**

Laut „Voss. Ztg." ist nach Wiener Meldungen in Ostgalizien bereits eine Sowjetregierung eingesetzt worden, die das Eigentum der Industriellen, Banken und Großgrundbesitzer beschlagnahmt hat.

•

Ein Sieg Wrangels

Havas meldet aus Konstantinopel: Die Rote Armee ist von General Wrangel vollständig geschlagen worden und wird von dessen Truppen verfolgt, die große Beute gemacht haben, darunter mehr als 1000 Gefangene, mehrere Panzerzüge und Panzerautos sowie 150 Maschinengewehre.

•

Eine ungarisch-französische Militärkonvention

Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." aus Wien ist in Budapest zwischen dem ungarischen Reichsverweser Horthy und der französischen Militärmission der Entwurf einer Militärkonvention vereinbart worden, nach der sich Ungarn verpflichtet, ein Heer von 140 000 Mann aufzustellen, um den Krieg gegen Sowjetrußland zu eröffnen. Frankreich verpflichtet sich dagegen, auf der Botschafterkonferenz dahin zu wirken, daß Ungarn ein Teil Westungarns sowie Gebietsteile bei Kaschau und Preßburg zugesprochen werden. Die Konvention ist in Paris von der französischen Regierung bereits genehmigt worden.

Der „Morning Post" wird aus Warschau berichtet, die ungarische Regierung habe der polnischen Regierung angeboten, je zwei Divisionen Infanterie und Kavallerie zu stellen. Die schwierige Frage sei jedoch, wie man diese Divisionen an die polnische Front befördern könne.

•

Beginn neuer Verhandlungen

Genf, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Matin" meldet aus Warschau: Die neuen polnischen Unterhändler für die Verhandlungen mit Sowjetrußland werden am Sonnabend mittag die neuen Besprechungen mit den Russen im früheren Gouvernementsgebäude von Minsk aufnehmen. Sie erhielten nicht die von Moskau verlangten unbeschränkten Vollmachten.**

•

Vorbereitung einer neuen Ententeberatung

Paris, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) Havas übermittelt folgende Reuter-Meldung: **Gestern abend waren Kamenew und Krassin zu einer Konferenz mit der englischen Regierung geladen, die 5½ Stunden dauerte. Sie haben sich darin verpflichtet, an die Moskauer Regierung eine Note zu senden mit dem Ersuchen, die Antwort so einzurichten, daß diese noch rechtzeitig zu einer Konferenz, die am Sonntag (?) in Boulogne oder Folkestone zwischen den Vertretern Englands und Frankreichs stattfindet, eintrifft. In dieser Konferenz werden die Alliierten die endgültige Entscheidung über ihre Haltung treffen. Nach einer Radio-Meldung wird Marschall Foch den Ministerpräsidenten Millerand begleiten. Dieser wird Sonnabend nacht um 11 Uhr in Boulogne eintreffen. Am nächsten Morgen werden sie auf einem Torpedoboot die Reise nach England fortsetzen und unmittelbar nach ihrem Eintreffen mit Lloyd George eine Unterredung haben.**

•

Verlängerte Frist für Rußland

Genf, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) **Havas meldet am Freitag aus London: Der Sowjetregierung wurde eine neue Frist zur Annahme der englischen Forderungen gestellt. Die Frist wird Montagmittag ablaufen, wenn bis dahin der Waffenstillstand mit den Polen nicht zustande gekommen ist. Die englische Antwort wurde noch am Freitag den alliierten Kabinetten zur Kenntnis gebracht.**

•

Die Antwort der Russen

Aus London meldet das Wolff-Bureau: **Die Antwort der Sowjetregierung ist hier eingetroffen. In der Antwortnote wird, wie verlautet, gesagt, die Bolschewisten könnten im Augenblick ihre Operationen gegen Polen nicht aufgeben.** Sie seien der Ansicht, daß sowohl aus militärischen als auch rechtlichen Gründen der Vormarsch gerechtfertigt sei. Sie erklärten sich bereit, die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und den Friedensvertrag aufzunehmen, sobald polnische Delegierte in Minsk eingetroffen seien und sobald sie den Beweis dafür hätten, daß diese Delegation die erforderlichen Vollmachten besitze, um über den Frieden zu verhandeln. Die Sowjetregierung erklärt sich außerdem bereit, die volle Unabhängigkeit Polens zu garantieren und Polen günstige Grenzen zu gewähren. Die Sowjetregierung wolle mit Polen über einen Separatfrieden verhandeln. Die Sowjetregierung erklärt ferner, daß Krassin und Kamenew Vollmachten hätten, den Frieden abzuschließen. Die Sowjetregierung weigert sich jedoch, den Vertretern der Randstaaten Zutritt zu den Friedensverhandlungen zu gestatten. In der durch Kamenew überreichten Note heißt es weiterhin: Es versteht sich von selbst, daß die russische Sowjetregierung nicht verlangt oder verlangt hat, die Verhandlungen über den Waffenstillstand mit dem Abschluß des endgültigen Friedensvertrages zwischen Polen und Rußland zu vereinigen. Dennoch ist es unvermeidlich, daß Verhandlungen über einen Waffenstillstand notwendigerweise gewisse Bedingungen und Sicherheiten in sich schließen, die auf rein militärischem Gebiete liegen. Die Geschichte des polnischen Angriffes auf Rußland, die unbestreitbare Tatsache der planmäßigen und fortdauernden Hilfe, die Polen von Frankreich erhält, sowie die Anwesenheit des Heeres des Generals Wrangel in der Krim, den die französische Regierung ebenfalls unterstützt, nötigen die russische Regierung, mit den Waffenstillstandsbedingungen gewisse Bürgschaften zu verbinden, die es Polen unmöglich machen würden, die Zeit des Waffenstillstandes dazu zu benutzen, neue Feindseligkeiten gegen Rußland vorzubereiten. Zu den geforderten Bürgschaften gehören eine teilweise Entwaffnung und Einstellung der Rekrutierung sowohl der Freiwilligen wie auch der Dienstpflichtigen. Am Ende der Note heißt es: Tschitscherin hat in seiner Note vom 22. v. M. eine Konferenz lediglich mit den hervorragendsten Ententemitgliedern vorgeschlagen. Der Nutzen einer solchen Konferenz würde in der Tatsache liegen, daß andre Staaten keinen Krieg ohne die Hilfe der Hauptmächte der Entente führen können, so daß diese Konferenz tatsächlich Sicherungen für den allgemeinen europäischen Frieden bringen würde.

•

Eine neue Blockade?

* **London**, 7. August. Die britische Admiralität hat drahtlos an alle Kommandanten der englischen Schiffseinheiten den Befehl gesandt, die Marineblockade gegen Rußland durchzuführen. Die leichten Schiffe sind aus den englischen Gewässern letzte Nacht ausgelaufen und die Geschwader der Nordsee und des Mittelländischen Meeres haben sich bereitzuhalten. Kamenew und Krassin wurden von dieser Maßnahme verständigt.

•

Tagung des alliierten Kriegsrats

Genf, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet, daß die Generalstabschefs von England und Italien am Sonntag in Paris eintreffen zur Besprechung dringender militärischer Fragen.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Vom Geh. Reg.-Rat Dr. **Oscar Weigert** (Berlin)
Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

In dem unausgesetzten Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen, den wir seit dem Beginn der Demobilmachung erleben, sind die Preise für das erste die Sieger geblieben. Die Kaufkraft des deutschen Volkes erstreckt sich, von einem kleinen Bruchteil in der Bevölkerung abgesehen, nur noch auf den Notbedarf. Das wenige an Spielraum, das den meisten geblieben ist, wirkt sich allenfalls auf dem Gebiete der Ernährung aus. So liegen die Dinge im Inland. Schärfer noch prägt sich die Situation unsrer Außenwirtschaft ein. Die Besserung unsrer Valuta, an sich unzweifelhaft gerechtfertigt, nimmt uns die günstige Stellung des billigen Verkäufers, solange nicht etwa die Produktionskosten in andern, vorzugsweise konkurrierenden Ländern bis zur Höhe der unsrigen steigen.

Vom Boden des Arbeitsmarktes aus gesehen, bedeutet das alles für die betroffenen Unternehmungen: Einschränkung des Betriebes, Verkürzung der Arbeitszeit, Stillegung, nicht selten vielleicht auch Zusammenbruch, jedenfalls Entlassung von Arbeitskräften, kurz, eine schnell wachsende Arbeitslosigkeit. Diese seit langem drohende Krisis, die sich, wenn sie hereinbricht, keinesfalls auf Deutschland beschränken wird, trifft uns besonders schwer, weil der Arbeitsmarkt keine leeren Kammern mehr aufweist, die obdachlose Arbeitskräfte aufnehmen könnten. Wir leiden seit dem Beginn der Demobilmachung an einer chronischen Arbeitslosigkeit. Die amtlichen Ziffern der unterstützten Erwerbslosen hatten sich freilich im Laufe des letzten Winters überraschend günstig entwickelt. Aber neben den unterstützten Erwerbslosen stehen die Erwerbslosen, die keine Unterstützung erhalten, und vor allem verdankte der Arbeitsmarkt das günstigere Bild zu einem nicht unwesentlichen Teil gesetzlichen Maßnahmen, die doch nur eine äußerliche Lösung bringen können. Das gilt zu einem gewissen Teil schon von den Verordnungen über die Freimachung von Arbeitsplätzen, vor allem aber von jenen Maßnahmen, die sich als zwangsweise Einstellung oder als Entlassungsverbot darstellen. Sie sind unentbehrlich gewesen, unzweifelhaft, um den Stürmen der Demobilmachung ihre zerstörende Kraft zu nehmen. Sie führen aber vielfach Arbeitskräfte an Arbeitsplätze, an denen sie überflüssig, vielleicht sogar schädlich sind, oder halten sie an solchen Arbeitsplätzen gewaltsam fest. Jedenfalls sind sie bis zum äußersten angespannt und können dem Arbeitsmarkt über eine neu beginnende Krisis nicht hinweghelfen.

Die drohende Krisis ebenso wie die Arbeitslosigkeit als Folge des Krieges erstrecken sich indessen nicht auf das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands. Die Landwirtschaft leidet nach wie vor an einem Mangel an Arbeitskräften, und auch andre Gebiete der Urproduktion, insbesondere — und heute in verstärktem Maße — der Bergbau, müssen fortgesetzt Arbeitskräfte an sich zu ziehen suchen. Unzweifelhaft ist deshalb das Gebot der Stunde, die Umstellung der Erwerbslosen aus dem Ueberschuß- in die Bedarfsgebiete des Arbeitsmarktes mit allen Kräften zu betreiben. Wer aber der praktischen Arbeit nahesteht, weiß, unter welchen außerordentlichen Schwierigkeiten diese Umstellung sich vollzieht. Menschen sind keine Rechenpfennige, die man beliebig verschieben kann. Die seelische Einstellung weiter Volksschichten, die in den Jahrzehnten vor dem Kriege zu der Massenflucht vom Lande in die Städte geführt hat, ist nicht von heute auf morgen zu beseitigen, so sehr ihr auch die Ernährungslage in den Städten entgegenwirkt. Dieser seelischen Einstellung entspricht die Abneigung vieler landwirtschaftlicher Arbeitgeber gegen städtische Arbeitskräfte. Die zahlreichen sehr günstigen Erfahrungen, die im letzten Jahre mit der Umstellung städtischer Erwerbsloser gemacht worden sind, werden durch einzelne unerfreuliche Ergebnisse, die in die Oeffentlichkeit dringen, immer wieder aufgewogen. Nicht geringer sind die Schwierigkeiten, die in der Wohnungsfrage liegen. Es ist ja der bekannte circulus vitiosus: Wir haben keine Baustoffe, weil wir nicht genug Kohle haben, und wir können unsre Kohlenerzeugung, die durch die erzwungenen Abgaben ohnehin immer unerträglicher belastet wird, nicht schnell genug steigern, weil wir nicht mit der erwünschten Beschleunigung Wohnungen herstellen können, nicht zuletzt aus Mangel an Baustoffen. Immerhin ist gerade auch in der Ueberführung berufsfremder Erwerbsloser in den Bergbau sehr viel wertvolle Arbeit geleistet worden. Nur wird in der Oeffentlichkeit vielfach vergessen, daß der Häuer im Steinkohlenbergbau ein hochgelernter Arbeiter ist, der sich nicht improvisieren läßt. Sehr viel günstiger liegen bekanntlich die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau, und hier ist es ja auch gelungen, die Friedenserzeugung zu überschreiten.

Auch unter dem Schlagworte „Siedlung", so sehr es an das Herz der Massen geht, kann das Problem der Arbeitslosigkeit nicht im Handumdrehen gelöst werden. Auch hier werden Jahre einer zähen Arbeit geleistet werden müssen, ehe große Massen eine neue Heimat auf eigener Scholle finden können. Sehr bedeutungsvoll sind in diesem Zusammenhange die Bemühungen um die Erschließung der Torfmoore. Der Torfabbau entlastet einmal unsre Kohlenerzeugung und ist insofern, auch geldlich genommen, zur Zeit ein ganz ausgezeichnetes Geschäft. Er bereitet zugleich aber auch, wenn er richtig betrieben wird, den Boden für eine ausgedehnte ländliche Siedlung. Wer sehen will, wie zielbewußte Arbeit auf diesem Gebiete auch ohne jede Reklame der Oeffentlichkeit zu leisten vermag, der lasse sich von der bremischen Geschäftsstelle für Siedlung und Landarbeit über ihre Tätigkeit berichten.

Hier sind wir bei den eigentlichen Aufgaben einer wirklich produktiven Erwerbslosenfürsorge, und es darf deshalb unzweifelhaft als ein